

Antragsbereich N: Digitale Gesellschaft

Antrag N1_15/1

N1_15/1 Die Entdeckung des #Neulands für den Bildungsbereich - Wie wir den Digitalisierungsprozess an und in den Bildungsinstitutionen gestalten wollen

Gesellschaftliche Umbrüche haben in der Vergangenheit immer wieder stattgefunden. Ein solcher Wandel der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung kann viele, verschiedene Gründe haben. So hat die industrielle Revolution beispielsweise das Verständnis von Arbeit massiv umgewälzt und den modernen Kapitalismus begründet. Aktuell ist die Gesellschaft wieder mitten in einem Prozess, dessen weiteren Verlauf und Ende wir nicht voraussehen können und auch dessen Auswirkungen auf die Gesellschaft wir heute nur erahnen können: die Digitalisierung aller Lebensbereiche. Von dieser grundlegenden Umwälzung sind alle Gesellschaftsbereiche - wie beispielsweise die Arbeitswelt, die Freizeitgestaltung und natürlich auch das Bildungssystem - betroffen.

Bisher ist die Digitalisierung vor allem durch technische Entwicklungen geprägt. So hat Google das Auffinden von Informationen (und vieles mehr) verändert, Amazon das Einkaufen, Facebook und WhatsApp unser Kommunikationsverhalten und zuerst Napster und dann YouTube und Spotify die Musikindustrie. Wie die Auseinandersetzungen um das Unternehmen „Uber“ und ihre gleichnamige zeigen, handeln das Recht bzw. der Staat hinsichtlich der technologischen Entwicklungen bisher nur reaktiv. Dies ist nicht unsere Vorstellung einer staatlichen Ordnung. Wir Jungsozialist*innen wollen es nicht dem Markt überlassen, welche Wirkungen und Auswirkungen die Digitalisierung hat. Unser Ziel ist eine politische Gestaltung des Prozesses, und nicht lediglich ein begleitendes oder gar reaktives Handeln.

Bereits in der Vergangenheit haben wir uns mit Einzelthemen des Digitalisierungsprozesses im Bildungsbereich und ihren Auswirkungen auseinandergesetzt. In den vergangenen Monaten fand bei verschiedenen Veranstaltungen eine umfassendere Diskussion statt. Für uns ist dabei klar: am Anfang muss die Frage gestellt werden, wie Lehren, Lernen und Bildungsinstitutionen als solche anders organisiert sein können. Der Digitalisierungsprozess ist ein Mittel zur Lösung bestehender Probleme im Bildungssystem und nicht per se Zielvorstellung. Dabei stehen wir als progressiver Verband aber dem technischen Fortschritt allgemein und besonders im Bildungsbereich positiv gegenüber. Die Digitalisierung bietet eine Vielzahl von Lösungsmöglichkeiten für viele Probleme und Herausforderungen, vor denen wir stehen. Gleichzeitig verschweigen wir aber auch nicht die Risiken, die mit der Digitalisierung des Bildungsbereichs einhergehen.

37 **Gesellschaftliche Spaltung**

38 Um erfolgreich am privaten, beruflichen sowie insgesamt am gesellschaftlichen Leben des 21.
39 Jahrhunderts teilzuhaben, benötigen alle Menschen ausreichende computer- und informationsbe-
40 zogene Kompetenzen. Eine solche Medienkompetenz ist auch erforderlich, um den sich verän-
41 dernden Anforderungen im Bildungsbereich gerecht zu werden. Derzeit gibt es aber eine „digi-
42 tale Spaltung“ der Gesellschaft. Diese zeigt sich insbesondere in drei Feldern: erstens überhaupt
43 im Zugang zu Geräten und dem Internet, zweitens in der Nutzungskompetenz und drittens in der
44 Nutzungsart.

45
46 **Was wir wollen: Zugang für alle**

47 Während nahezu alle Haushalte in der Bundesrepublik heutzutage ein Telefon haben, ist die Voll-
48 versorgung mit einem Computer noch nicht erreicht: Rund 86 Prozent der privaten Haushalte
49 haben einen Computerzugang. Etwas weniger, nämlich knapp 84 Prozent der privaten Haushalte,
50 haben auch einen Internetzugang. Dieser Wert hängt stark vom monatlichen Nettohaushaltsein-
51 kommen ab. Während von den Haushalten mit mehr als 2000 Euro Einkommen über 90 Prozent
52 mit einem Internetzugang versorgt sind, beträgt der Wert bei den Haushalten mit unter 1300
53 Euro Einkommen lediglich 70 Prozent. Gründe sind hier unter anderem die zu hohen Anschaf-
54 fungs- und Nutzungskosten, aber auch teilweise der subjektiv nicht gesehene Bedarf.

55
56 Knapp vier Fünftel der Bevölkerung in der Bundesrepublik nutzen das Internet zumindest ge-
57 legentlich, 60 Prozent sogar täglich. Dabei sind männlich sozialisierten Nutzer noch immer leicht
58 überrepräsentiert. Jedoch ist dieser Unterschied in den jüngeren Jahrgängen nicht mehr fest-
59 stellbar. Bei den 14- bis 19-Jährigen beträgt die Zahl der Internetnutzer*innen 100 Prozent. Auch
60 in den Altersgruppen bis 39 Jahre bleibt es fast bei diesem Wert. Beim Internetzugang kommt es
61 jedoch auch auf die Geschwindigkeit an. In der Bundesrepublik gibt es eine ungleiche Verteilung
62 von Breitbandzugängen, insbesondere zwischen Stadt und Land.

63
64 Um den Zugang zu erleichtern, muss also zunächst die technische Ausstattung in den Bildungsin-
65 stitutionen verbessert werden. Insbesondere in Bibliotheken und ihren Lesesälen müssen Compu-
66 terarbeitsplätze für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende zur Verfügung stehen, ebenso
67 in den Lehr- und Seminarräumen. Gerade Schulen und Hochschulen müssen technische Großgerä-
68 te oder besonders schnelle Geräte, die nicht für den Privatgebrauch finanzierbar sind, für alle
69 zur Verfügung stellen. Eine umfassende technische Ausstattung schließt auch ein schnelles und
70 frei verfügbares WLAN mit ein. Dieses muss es nicht nur in den Bildungsinstitutionen, sondern in
71 allen öffentlichen Gebäuden geben. Darüber hinaus ist es unser Ziel, dass auch in ganzen Städten
72 und dem Personennah- und -fernverkehr WLAN frei verfügbar ist. Um der flächendeckenden Ver-
73 sorgung mit WLAN näher zu kommen, unterstützen wir lokale Initiativen, Privatpersonen und
74 Verbände bei ihrem Engagement in diesem Bereich und fordern, die Störer*innenhaftung abzu-
75 schaffen.

76
77 Schüler*innen, Auszubildende und Studierende müssen - wie auch die gesamte Gesellschaft - zu
78 Hause den Zugang zum Internet haben. Wir fordern eine kostenlose Internetverbindung für alle
79 Menschen. Langfristig muss es weltweit flächendeckend und kostenlos Internet geben. Dies ge-
80 hört für uns zu einer Daseinsvorsorge, die auf der Höhe der Zeit ist. Außerdem fordern wir für
81 jede*n Schüler*in die Ausstattung mit einem Laptop und die regelmäßige Erneuerung dieser tech-
82 nischen Ausstattung. Die Geräte müssen für alle nutzbar, also inklusiv sein (dies betrifft bei-
83 spielsweise besondere Anforderungen an Tastaturen). Alle Sender*innen, Empfänger*innen, Onli-
84 nedienste und Anwendungen müssen gleichberechtigten Zugang zu Datenübertragungskapazitä-
85 ten haben. Wir fordern daher die Festschreibung der Netzneutralität.

86

87 **Was wir wollen: Medienkompetenz für alle**

88 Die Annahme, Kinder und Jugendliche würden durch das Aufwachsen in einer von neuen Techno-
89 logien geprägten Welt automatisch zu kompetenten Nutzer*innen digitaler Medien, trifft nicht
90 zu. Fast 30 Prozent der Achtklässler*innen in Deutschland verfügen nur über sehr geringe compu-
91 ter- und informationsbezogene Kompetenzen. Festgestellt werden kann, dass das mittlere Kom-
92 petenzniveau von Jungen* statistisch signifikant hinter dem der Mädchen* zurückliegt. Es lassen
93 sich außerdem Bildungsbenachteiligungen für Achtklässler*innen aus unteren und mittleren sozi-
94 ökonomischen Milieus sowie für Jugendliche mit Migrationshintergrund feststellen.

95

96 Auch Erziehungsberechtigte und alle weiteren an der Erziehung Beteiligten müssen Unterstützung
97 in der Medienerziehung erhalten können, beispielsweise durch Kurse in der Kindertagesstätte
98 oder Schule. Hauptschwerpunkt von Medienbildung ist aber die Schule. Digitale Lehrinhalte soll-
99 ten in allen Fächern dort, wo durch die Nutzung ein Mehrwert geschaffen werden kann, sinnvoll
100 in den Unterricht integriert werden, wenn es didaktisch sinnvoll ist. Trotzdem ist ein verpflich-
101 tender Informatikunterricht für alle unerlässlich. Dieser erschöpft sich nicht nur in der Bedienung
102 von Geräten und Software von ausgewählten Anwendungen. Er behandelt die Beschaffung, Be-
103 wertung, Interpretation, Darstellung und Verbreitung von Daten und Informationen und fördert
104 ein Verständnis von Grundlagen, Methoden, Anwendungen und Arbeitsweisen der Informatik.
105 Ebenso soll eine kritische Auseinandersetzung mit den Medien erfolgen. Der Unterricht ist ebenso
106 kontextorientiert und verdeutlicht die gesellschaftliche, politische und soziale Bedeutung von
107 Informations- und Kommunikationssystemen. Des Weiteren muss die Sensibilisierung der Schü-
108 ler*innen beim Umgang mit den eigenen personenbezogenen Daten gefördert werden und deswe-
109 gen elementarer Bestandteil des Informatikunterrichts sein.

110

111 Eine fächerübergreifende Medienbildung kann nur gelingen, wenn Umgang mit digitalen Medien
112 und Erwerb medienpädagogischer Kompetenzen für alle Lehrkräfte in Aus- und Fortbildung zu
113 verpflichtenden Bestandteilen werden. Dies gilt ebenso für Fortbildungen Hochschullehrender.
114 An der Hochschule müssen für Studierende auch kostenlose Kurse zum Erlernen kompetenter
115 Mediennutzung für das Studium, beispielsweise für das Schreiben einer Hausarbeit, angeboten
116 werden.

117

118 **Lehren & Lernen**

119 Die Möglichkeiten, welche die Digitalisierung für das Lehren und Lernen bietet, werden im Jahr
120 2015 noch längst nicht ausgeschöpft. Progressive Ideen sind zwar teilweise schon Jahre alt und
121 auch die Diskussion ist nicht neu, dennoch hat die Digitale Revolution des Lehrens und Lernens -
122 Stand heute - noch nicht bzw. nicht umfassend stattgefunden. Zwar gibt es Schulen und Hoch-
123 schulen mit Smart- und Whiteboards. Doch als mehr als „Tafeln in Weiß“ werden sie oft nicht
124 genutzt. Zwar sind Smartphones heute vielfach gängig und Schulen schaffen Tablets an. Doch
125 dann werden Funktionen der Geräte oder das Internet ganz abgeschaltet. Zwar kann man inzwi-
126 schen bei digitalen Schulbüchern Notizen selbst anfügen. Doch bringen diese wenig, wenn sie
127 nach dem Auslaufen der Lizenz wieder verschwinden. Zwar können Dozierende und Lehrkräfte
128 Bücher und Texte einscannen. Doch sind nach dem Urheber*innenrecht bisher nur „kleine Teile
129 eines Werkes“, das heißt nach geltender Rechtsprechung, max. 12 Prozent eines Gesamtwerkes,
130 erlaubt - und auch nicht mehr als 100 Seiten. Zwar wurden Online-Kurse wie MOOCs im Jahr 2013
131 als zukunftsweisend betrachtet und deren Öffnung für alle sowie die Demokratisierung von Wis-
132 sen versprochen. Doch sind solche MOOCs in der Realität akademisch und männlich* geprägt. Es
133 profitieren die, die ohnehin schon zur „Elite“ gehören.

134

135 **Was wir wollen: Freie Werkzeuge zum Lernen**

136 Lehrende und Lernende müssen die Möglichkeit erhalten, vorhandene Unterlagen zu erweitern
137 oder zu verbessern und diese Änderungen auf einfache Weise anderen zugänglich zu machen.

138 Dafür ist es erforderlich, dass offene Formate und Plattformen genutzt werden. Es muss eine
139 Veränderung der rechtlichen, organisatorischen und ökonomischen Rahmenbedingungen stattfin-
140 den. So können die besonderen Potenziale für neue und inklusive Lernkonzepte genutzt werden.
141 Die Bundesregierung soll die Erstellung von Open Educational Resources für Schulen und Hoch-
142 schulen fördern. Sie sollen zum Standard der Lehr- und Lernmaterialien werden. Dass diese digi-
143 talen Lehr- und Lernmaterialien eine gesamtstaatliche Aufgabe sind, zeigt sich auch hieran, dass
144 das Kooperationsverbot endlich für den gesamten Bildungsbereich abgeschafft gehört, um eine
145 gemeinsame Finanzierung zu ermöglichen. Hierbei ist zu beachten, dass weiterhin Rechtssicher-
146 heit für die Urheber*innen besteht.

147

148 **Was wir wollen: Open Access**

149 Aktuell stehen Bibliotheken dem Monopol von Wissenschaftsverlagen gegenüber. Diese können
150 für die Lizenzierung ihrer Publikationen horrenden Summen verlangen, sodass die Bibliotheken
151 gezwungen sind, auszusteigen. Um die Marktmacht der Bibliotheken zu steigern, sollen diese
152 zukünftig gemeinsam den Zugang zu Fachjournalen verhandeln. Die langfristige Lösung des Prob-
153 lems heißt aber Open Access. Dies bedeutet vielfältige neue Wege, Wissen zu publizieren und
154 abzurufen, und ermöglicht, weitgehend unabhängig und sehr kostengünstig eigene Forschungser-
155 gebnisse zu publizieren. Dafür müssen öffentliche Datenrepositorien aufgebaut werden. Wir set-
156 zen uns auch für ein umfassendes Zweitveröffentlichungsrecht ein. Außerdem wollen wir eine
157 umfassende allgemeine Bildungs- und Wissenschaftsschranke im Urheber*innenrecht. Es muss
158 allen Nutzer*innen für Unterrichtszwecke und zum Lehren und Lernen erlaubt sein, Veröffentli-
159 chungen zu kopieren, zu nutzen, zu verbreiten, zu übertragen, öffentlich wiederzugeben sowie
160 Bearbeitungen davon zu erstellen und zu verbreiten, sofern die Urheber*innenschaft korrekt an-
161 gegeben wird. Der Streit um Softwarepatente, welche manchmal bereits für Ideen wie beispiels-
162 weise das Einkufen mit einem Klick oder den Doppelklick vergeben werden, zeigt, dass diese
163 vielfach Innovationen verhindern. Wir setzen uns daher für deren Abschaffung ein und sehen
164 durch das Urheber*innenrecht einen ausreichenden Schutz gewährleistet.

165

166 **Was wir wollen: Demokratisierung von Wissen & Open Data**

167 Wir wollen Wissen demokratisieren. Das bedeutet einen gleichen Zugang für alle. Daher dürfen
168 MOOCs und andere Online-Kurse, die beispielsweise von Hochschulen für die Allgemeinheit ange-
169 boten werden, nicht kostenpflichtig sein. Wir unterstützen auch Formen der kollaborativen und
170 offenen Zusammenarbeit, die Wissen allen verfügbar machen möchte. Die gleiche Zugänglichkeit
171 zu Wissen zu schaffen ist eine globale Herausforderung. Der Staat muss außerdem alle verfügba-
172 ren Daten und Statistiken - außer bei einem legitimen Interesse an Vertraulichkeit - in einem frei
173 zugänglichen Portal veröffentlichen, auf das jede*r nach Belieben zugreifen kann. Die Daten
174 müssen frei verfügbar und nutzbar sein. Ziel ist die bessere und schnellere Information der Bür-
175 ger*innen, sowie die Konservierung von Wissen und der Vereinfachung des Zugangs zu diesem.
176 Somit gäbe es eine immer erreichbare und verlässliche Quelle für Recherchen. Wir fordern eine
177 Open Data-Strategie, die alle Ebenen, also Kommunen, Bundesländer und den Bund mit ein-
178 schließt. Diese soll möglichst europaweit Anwendung finden.

179

180 **Was wir wollen: Eine Didaktik des 21. Jahrhunderts**

181 Wir verstehen Lernen als aktiven, selbstbestimmten, individuellen, sozialen, kreativen und emo-
182 tionalen Prozess. Diese Anforderungen gelten auch für „digitale Lehre“. Es geht nicht lediglich
183 darum, Inhalte optimal aufzubereiten. Bildung soll und muss dazu befähigen, zukünftige Proble-
184 me zu lösen, die es heute noch nicht gibt bzw. nicht vorstellbar sind. Auch digital unterstütztes
185 Lernen muss inklusiv sein. Konkret heißt das: Auch die Onlineangebote der Hochschule müssen
186 barrierefrei sein. Auch Unterrichts- und Lehrmaterialien müssen in geeigneter Form vorliegen.
187 Inklusion muss ein Schwerpunkt in der Aus- und Fortbildung von Lehrenden sein. Für digital un-
188 terstützte Lehre gilt ebenso, dass sie so aufbereitet sein muss, dass alle Teilnehmenden sie aktiv

189 und kritisch mitgestalten können. Eine Didaktik des 21. Jahrhunderts muss berücksichtigen, dass
190 Bildung mehr bedeutet, als nur die beste Strategie für das Lernen der*des Einzelnen zu finden.
191 Daher müssen online Kommunikationsangebote geschaffen werden.

192

193 **Was wir wollen: Blended Learning an Hochschulen**

194 Für uns ist klar: Das Angebot von Präsenzlehre an Hochschulen bleibt unerlässlich. Soziale Inter-
195 aktion ist für viele ein wichtiger Bestandteil von Lernen. Deshalb darf Digitale Lehre nicht zur
196 Verdrängung des Präsenzstudiums führen, sondern ist als eine sinnvolle Ergänzung dazu einzuset-
197 zen („Blended Learning“). Es geht darum, die Potenziale für Lehrformate sinnvoll zu nutzen. So
198 bietet es sich insbesondere an, Phasen des Wissenserwerbes, die bisher vor allem in großen und
199 überfüllten Einführungsvorlesungen geschehen sollen, als online-gestützte Selbstlernphasen zu
200 konzipieren. Dann ist es möglich, das Wissen in Präsenzsitzungen von Kleingruppen zu üben, zu
201 vertiefen und zu reflektieren. Die Anerkennung von Kursen, die an anderen Hochschulen belegt
202 wurden, muss vereinfacht werden. Dies gilt auch für reine Online-Kurse oder solche, die online-
203 gestützt angeboten werden. So erhöht sich die Vielfalt der von Studierenden wählbaren Kurse
204 enorm. Auch ein reines Onlinestudium lehnen wir nicht ab. So kann die Notwendigkeit der zeitli-
205 chen und räumlichen Präsenz aufgehoben werden, was insbesondere zur Öffnung der Hochschu-
206 len beitragen kann. Schon jetzt können Studierende an Fernhochschulen fast ohne Präsenzveran-
207 staltungen zu einem Abschluss gelangen.

208

209 **Was wir wollen: Weiterbildung für alle**

210 Digitale Lehr- und Lernformate bieten große Potenziale für Weiterbildungsaktivitäten. Denn die
211 räumliche und zeitliche Entgrenzung von digitalisierten Lehr- und Lernprozessen ist insbesondere
212 für die meist berufstätige Zielgruppe besonders bedeutsam. Gleichzeitig darf Weiterbildung
213 dadurch nicht in die Freizeit verschoben werden. Wir setzen uns für einen umfassenden Bil-
214 dungsurlaub aller Arbeitnehmer*innen und Auszubildenden ein. Lebenslanges Lernen bedeutet
215 für uns aber auch, dass der Staat entsprechende Angebote schaffen muss. Daher setzen wir uns
216 für ein öffentliches Weiterbildungsportal ein, welches Kurse für alle kostenlos anbietet. Gleich-
217 zeitig wollen wir die Volkshochschulen fördern.

218

219 **Hochschulverwaltung**

220 Digitalisierung in der Bildung hat bisher wahrnehmbar vor allem bei Service-Angeboten stattge-
221 funden. So gibt es Systeme und Portale für das Anmelden zu Kursen und Prüfungen, für die Stu-
222 dierendenverwaltung, das Ausleihen und Auffinden von Büchern und Materialien in der Bibliothek
223 und vieles mehr. Problematisch aber ist, dass es für alle Funktionen und Bereiche unterschiedli-
224 che und nicht kompatible Systeme gibt. Auch der Wechsel einer Hochschule bedeutet so zumeist
225 die Einrichtung mehrerer neuer Accounts in ganz anderen Systemen.

226

227 **Was wir wollen: Potenziale nutzen und Barrieren abbauen**

228 Wir wollen das Chaos der unterschiedlichen und nicht kompatiblen Systeme und Anwendungen
229 beenden. Unsere Anforderung an solche Portale ist zunächst, dass sie einfach und leicht ver-
230 ständlich für alle zu bedienen sind. Sie müssen also inklusiv gestaltet sein, indem flächende-
231 ckend Barrieren für beispielsweise Menschen mit Seh- und/oder Hörbehinderung abgebaut wer-
232 den. Außerdem wollen wir, dass quelloffene Software genutzt wird. Hier sind auch Hochschulen
233 gefragt, miteinander zu kooperieren und so gegebenenfalls benötigte Software selbst zu entwi-
234 ckeln. Außerdem müssen diese Portale so gestaltet werden, dass die Daten abgesichert sind. Des
235 Weiteren unterstützen wir Campus- und Schulclouds, in denen Angehörige von Schulen und Hoch-
236 schulen Daten sicher ablegen können.

237

238 **Was wir wollen: Datenschutz beachten**

239 Heutzutage ist es üblich, den Zugang zu einzelnen Gebäuden oder Räumen in Form von Chipkar-
240 ten zu sichern. Wir fordern, dass es auch weiterhin möglich bleibt, als Schüler*innen und Studie-
241 rende in alle Räume und Gebäude der Hochschule und Schule zu gelangen, ohne dass dies erfasst
242 und aufgezeichnet wird. Überall wo Daten anfallen ist die Frage zu stellen, ob ihre Erfassung
243 notwendig ist. Wir fordern Datensparsamkeit bei der Konzeption von Anwendungen und Pro-
244 grammen. Datenschutz muss eine engmaschige Kontrolle der Studierenden - auch beim Lernen -
245 verhindern. Generell muss der Schutz aller Daten von Studierenden durch die Hochschule ge-
246 währleistet sein. Die Schulen und Hochschulen müssen für eine Kontrolle durch die Einstellung
247 oder die Benennung von Datenschutzbeauftragten sorgen. Zusätzlich sollen die Gremien, die sich
248 paritätisch aus den verschiedenen Statusgruppen zusammensetzen, die Arbeit der Datenschutz-
249 beauftragten und die Erhebung von Daten überwachen.

250

251 **Was wir wollen: Hochschulzulassung vereinfachen**

252 Hochschulen wickeln die Zulassung zum Studium größtenteils selbst ab. Dies bedeutet für Bewer-
253 ber*innen, dass sie sich in vielen verschiedenen Systemen zurechtfinden müssen. Außerdem blei-
254 ben so immer wieder Plätze frei, die nicht vergeben werden, da keine Kommunikation zwischen
255 den Hochschulen stattfindet. Daher wollen wir, dass die Hochschulzulassung einheitlich durch ein
256 Internet-Portal (Hochschulstart) funktioniert. Alle Hochschulen sollen verpflichtet werden, spä-
257 testens zum Sommersemester 2016 das sogenannte Dialogorientierte Serviceverfahren anzuwen-
258 den. Wir wollen auch, dass die Zulassung zum Master über ein einheitliches Internetportal funk-
259 tioniert. Der Zulassungsprozess muss sowohl für die Studienbewerber*innen, als auch die Hoch-
260 schulen kostenlos sein.

261

262 **Institutionen**

263 Auch Bildungsinstitutionen selbst werden sich durch die voranschreitende Digitalisierung wan-
264 deln. Dies kann durch die Institutionen begleitet werden, aber es geschieht in jedem Fall - im
265 Zweifel gegen ihren Willen. Wir wollen diesen Prozess aber nutzen, damit die Leitbilder unserer
266 Bildungsinstitutionen nicht „Kontrolle“ und „Effizienz“ bleiben, sondern zu „Offenheit“ und De-
267 mokratie“ werden. Unsere Vorstellungen für solche offenen und demokratischen Bildungsinstitu-
268 tionen haben wir schon vielfach artikuliert. Auch hier gilt im Digitalisierungsprozess: Wir wollen
269 die großen Chancen, welche die Digitalisierung für den Wandel der Institutionen bietet, nutzen
270 und mögliche Risiken vermeiden.

271

272 **Was wir wollen: Offene Kultur an Schulen**

273 Schulen reagieren auf den digitalen Wandel bisher vielfach mit dem Ruf nach Kontrolle und Ord-
274 nung. So werden Geräte beispielsweise in der Funktionsfähigkeit eingeschränkt oder gar verbo-
275 ten, wie es bei Mobiltelefonen oft der Fall ist. Schule wird noch immer vielfach als klar kontrol-
276 liertes und vom gesellschaftlichen Leben und Alltag abgegrenzter Raum verstanden: Der*die Leh-
277 rer*in ist dafür zuständig, diesen Raum so zu gestalten, dass genau das, was er*sie sich überlegt
278 hat, in dieser Zeit in die vor ihm*ihr sitzenden Köpfe gelangt. Wir wollen stattdessen Schulen, in
279 denen Transparenz, Austausch und Mitbestimmung gelebt werden. Digitale Geräte können hierfür
280 Katalysatoren sein, wenn sie beispielsweise Kommunikation über Klassenverbände, Jahrgänge
281 und einzelne Schulen hinaus ermöglichen.

282

283 **Was wir wollen: Hochschulen als Lebensraum**

284 Die Digitalisierung der Hochschule ist für uns kein Instrument des Sparens. Spätestens ab dem
285 Jahr 2020 wird sich aufgrund der dann greifenden Schuldenbremse die Diskussion um Einsparpo-
286 tenzials verschärfen. Ideen dafür werden schon jetzt geäußert. So zum Beispiel, dass Hochschu-
287 len Online-Kurse von anderen Hochschulen übernehmen könnten und keine eigenes Lehrangebot
288 mehr entwickeln müssten. Oder, dass Hochschulen ohne eigene Studierende entstehen könnten,
289 die Bildung für den Markt produzieren. Solche Ideen lehnen wir ab. Hochschulen dürfen nicht zu

290 „Anbieterinnen“ von Bildung werden, denn Studierende sind niemals „Kund*innen“. Wir verste-
291 hen sie vielmehr als Lebensbereich. Dies ändert sich auch nicht durch den voranschreitenden
292 Digitalisierungsprozess.

293

294 **Wissenschaft**

295 Auch für die Wissenschaft bietet die Digitalisierung aller Lebensbereiche enorme Potenziale. Die
296 Diskussionen um „Big Data“ oder „3D-Drucker“ zeigen dies. Dabei ist für uns klar: Wissenschaft
297 hat eine gesellschaftliche Verantwortung. Deshalb muss Wissenschaft auch gesellschaftlich vor-
298 gegebene ethische Leitlinien berücksichtigen. Nichtsdestotrotz gilt es, gerade in diesen Berei-
299 chen weiter zu forschen. Daher unterstützen wir ein umfassendes öffentliches Forschungspro-
300 gramm, das sich mit der Digitalisierung aller Lebensbereiche und ihren Folgen auseinandersetzt.